Felix Ludwig - 26. Februar 2026

Erinnerung an einen Sonderfall

Von der Grenzübergangsstelle zur Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Schon die immense Beleuchtung hatte vermutlich dafür gesorgt, dass westdeutschen Reisenden das Lachen verging. Sichtbar über Dutzende Kilometer hinweg sollte der Lichtkegel der riesigen Flutlichtmasten das Gelände der Grenzübergangstelle (GÜSt) Marienborn »blend- und schattenfrei« ausleuchten. Niemand sollte sich am größten innerdeutschen Grenzübergang vor den Kontrolleurinnen und Kontrolleuren verbergen können – keine Saboteure und vor allem keine Flüchtlinge. Die Scheinwerfer reihten sich so in ein dichtes und ausgeklügeltes Kontrollsystem ein, in das die Verantwortlichen – allen voran das Ministerium für Staatssicherheit und die Grenztruppen der DDR – viel Aufwand gesteckt hatten. Für die Stasi waren die Grenzübergangsstellen schließlich Schwachstellen in einem zunehmend dichteren Grenzregime – und für die Reisenden aus der Bundesrepublik und dem globalen Westen eine einschüchternde Festung.
Eltern verpflichteten ihre Kinder auf striktes Schweigen und fürchteten selbst, dass vermeintliche oder tatsächliche Vergehen gegen die zahlreichen Bestimmungen des Grenzübertritts entdeckt würden. Diese millionenfach geteilte Erfahrung schrieb sich fest in die Nachkriegserinnerung der Bundesrepublik ein. Trotz der überraschend zahlreichen Verflechtungen zwischen den beiden deutschen Staaten war es für viele Menschen der einzige unmittelbare Kontakt mit der ostdeutschen Diktatur.

So war denn der Grenzübergang bei Marienborn bereits von 1945 an ein Symbol der deutschen Teilung, nachdem die sowjetische Besatzungsmacht im Juli einen ersten Kontrollpassierpunkt errichtet hatte. Die rasche Sicherung der Zonengrenze an dieser Stelle war kein Zufall: Die Strecke von Marienborn nach Berlin war die kürzeste Transitstrecke für die westalliierte Versorgung.
Entsprechend kannte die Welt den Namen Marienborn spätestens, als die Sowjets 1948 und 1949 die Zugänge zu den westlichen Sektoren der ehemaligen Reichshauptstadt blockierten. Ab 1952 übernahm die DDR die Kontrolle über den Grenzübergang. Aufgrund des in den 1960er Jahren rasch wachsenden Reiseverkehrs rissen die Verantwortlichen die alte, zwischenzeitlich auch deutlich gewachsene Anlage ab und errichteten eine deutlich größere. Der Neubau der GÜSt Marienborn litt freilich an ähnlichen Krankheiten wie die meisten deutschen Großbauprojekte: Anstatt zwei Jahre brauchte es von 1972 bis 1974 drei Jahre für den Abschluss, und der Bau kostete mit 70 Millionen Mark der DDR rund 10 Millionen mehr als ursprünglich im Plan vorgesehen.

Die neue Grenzübergangsstelle diente drei sehr unterschiedlichen Funktionen, die sich auch in ihrer Architektur spiegelten. Erstens sollte die Anlage einen modernen, effizienten Staat in Richtung Westen repräsentieren: Moderne Großdächer, klare Formen im Design bis hin

zu den Toilettenfiguren und nicht zuletzt eine stromlinienförmige Begrüßungsstele direkt hinter der Grenze sollten zeigen, dass die DDR in den 1970er Jahren angekommen war. Zweitens sollten die Grenzübergangsstellen westdeutsche Reisende möglichst effizient und zahlreich abfertigen. Die Reisenden brachten der finanzarmen Diktatur schließlich dringend benötigte Devisen in Millionenhöhe über die pauschal von der Bundesrepublik überwiesenen Visa- und Straßenbenutzungsgebühren, über die berüchtigten Bußgelder an den Transitstrecken, die Einkäufe beim Intershop am Rasthof Börde kurz vor Magdeburg und über den unbeliebten Pflichtumtausch. Drittens sollten Fluchten aus der DDR ebenso wie Beeinflussung durch Propagandamaterial des »Klassenfeindes« um jeden Preis verhindert werden.

Zwischen diesen drei Funktionen bestand freilich ein Spannungsfeld, das die GüSt Marienborn als Sonderfall der Grenzbefestigungen auszeichnete: Eine Grenzübergangsstelle konnte nicht gleichzeitig repräsentativ wirken, rasch viele Reisende abfertigen und eine nach innen gerichtete Festung sein. Die Prioritäten in der von der Staatssicherheit dominierten Institution waren indes klar: Fluchtverhinderung und Kontrolle schlugen im Zweifel den Abfertigungsdruck und die Repräsentativität. Die Folgen waren zahlreiche vereitelte Fluchtversuche mit anschließender Haft sowie fünf gewaltsame Todesfälle.

Schon allein angesichts dieser Repression und Gewalt schien nach dem Mauerfall rasch klar, dass die Grenzübergangsstelle Marienborn zur Gedenkstätte werden müsse. Noch in den letzten Tagen der DDR wurde das Areal unter Denkmalschutz gestellt. Ein formeller Beschluss des Landtages Sachsen-Anhalt erfolgte 1993. Gleichwohl eröffnete die Gedenkstätte erst im August 1996. Das lag wohl nicht zuletzt daran, dass die konkrete Ausgestaltung des Erinnerungsortes lange unklar war, denn zwischenzeitlich hatten die Tank- und Rast GmbH und die DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und bau GmbH) das Gelände der Grenzübergangsstelle als ideal für eine Autobahnraststätte ausgemacht. Auch das Land schien eher auf die Gewerbesteuer der Raststätte denn auf die Erinnerung zu schielen. Kurzfristig stand im Raum, nur eine kleine Gedenkstätte an den Rasthof anzuschließen – die dann vor allem Gäste dazu animieren sollte, dort Geld auszugeben. So konnte auch der lokale Denkmalschutz den Abriss eines Großteils des ehemaligen Ausreisebereichs nicht verhindern.

Dass jedoch gleichwohl die knappe Hälfte des historischen Ortes erhalten werden und zur Gedenkstätte wachsen konnte, war vor allem dem Engagement lokaler Akteure geschuldet, darunter Joachim Scherrieble, der auch als erstes die Leitung der Gedenkstätte Marienborn übernehmen sollte. Scherrieble gelang es mit seinen Kollegen und Kolleginnen rasch, eine einflussreiche und bundesweit bekannte Gedenkstätte mit mehr als 100.000 Gästen pro Jahr

aufzubauen. 2004 übernahm die Gedenkstätte zusätzlich das Grenzdenkmal Hötensleben – ein rund 350 Meter langes, im Original erhaltenes Stück Grenzbefestigungen. Dieses wertvolle Relikt der Grenzbefestigungen konnte vom örtlichen Grenzdenkmalverein nicht mehr eigenständig bespielt werden. 2007 ging die Gedenkstätte schließlich in die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auf; 2009 erfolgte die zusätzliche institutionelle Förderung als national bedeutsame Gedenkstätte im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

In der Gegenwart ist die Gedenkstätte ebenso wie die Grenzübergangsstelle ein Sonderfall der Erinnerungskultur: Vielmehr als andere DDR-Gedenkstätten oder auch Grenzmuseen ist sie ein westdeutscher Erinnerungsort – denn es waren vor allem bundesdeutsche Reisende, die die dichten Kontrollen und die täglichen Repressionen erlebten und gerade nicht jene aus Ostdeutschland, die sich ihm eben nicht nähern durften. Zugleich verdichten sich an der ehemaligen Grenzübergangsstelle und in ihrer Umgebung die Ambivalenzen und Widersprüche, die typisch sind für die Einheit und die nachfolgenden Transformationsjahre: Die mit der friedlichen Revolution gewonnene Freiheit steht einer gefühlten Verlusterfahrung im grenznahen Raum gegenüber. Auf ostdeutsche Seite haben die Menschen Jobs verloren aber auch Kneipen und Einkaufsmöglichkeiten in ihren Ortschaften.
Im Nachbardorf Harbke schlossen nach 1990 alle vier Gaststätten. Auf westdeutscher Seite im Städtchen Helmstedt, im ehemaligen Zonenrandgebiet, trauern nicht wenige den verloren gegangenen Bundes-subventionen, aber auch der Bekanntheit ihres Ortes hinterher. Aus der letzten Stadt vor der Grenze wurde ein kaum gewichtiges Örtchen irgendwo zwischen Braunschweig und Magdeburg.

Ambivalenzen prägen die ehemalige Grenze in der Region bundesweit und spiegeln sich auch im Grünen Band: Nur die abgeriegelte und tödliche innerdeutsche Grenze konnte dieses Biotop entstehen lassen. Aus diesem Grund hat das Grüne Band eine doppelte Funktion, die es von anderen Biotopen der Bundesrepublik unterscheidet: Es ist eben nicht nur ein Natur-, sondern ein Erinnerungsraum, in dem die Beobachtung seltener Arten und die Entdeckung eines Einmannbunkers nur allzu oft wenige Schritte voneinander entfernt liegen. Über solche Überschneidungen wird die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zum Gesprächsort über Teilung und Einheit, Grenze und Natur, Verlust und Freiheit.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 3/2026

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat